

Lernen aus der russischen Präsidentschaftskampagne

Eine Wahlbeobachtung

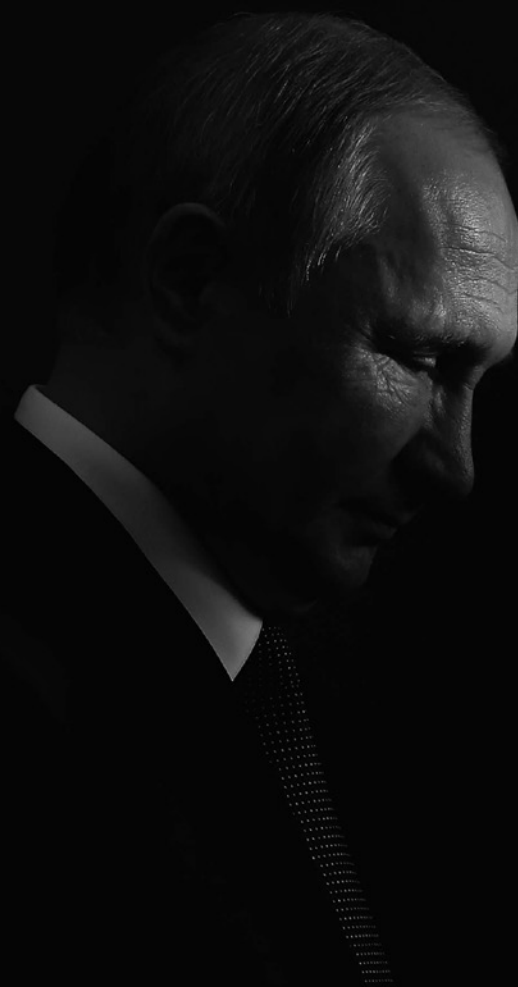
Die Präsidentschaftswahlen in Russland vom 15.-17. März 2024 haben das erwartete Ergebnis gebracht: V. Putin wurde wiedergewählt. Was – außer dass er gerne weiter regieren will und Russland keine Demokratie nach westlichem Muster ist – kann man daraus lernen, welche Einsichten und Anregungen gewinnen?

Von **Dieter Segert**

Gevorg Ghazaryan / Shutterstock.com

Mehr Schatten als Licht: Die Putin-Dämmerung

Die Präsidentschaftswahlen in Russland vom 15.-17. März 2024 haben das erwartete Ergebnis gebracht: Putin wurde wiedergewählt. Was – außer dass er gerne weiter regieren will und Russland keine Demokratie nach westlichem Muster ist – kann man daraus lernen, welche Einsichten und Anregungen gewinnen



Die liberal-konservative Schweizer Tageszeitung NZZ titelte zu den russischen Präsidentschaftswahlen: „Tage der offenen Tür in der nationalen Nervenheilanstalt“. Im Verlaufe des Beitrags wurden über die bekannt gewordenen Fälle von Fälschung und Nötigung berichtet und über die einzige deutlich sichtbare Aktion der Opposition, die von Nawalny vorgeschlagen worden war, die Schlangen vor den Wahllokalen am Mittag des dritten Tags der Wahlen¹.

¹ Siehe: Irina Rastorgujewa: Wahlen in Russland: Tage der offenen Tür in der nationalen Nervenanstalt, NZZ 20.3.24. Russland: Wahlen in Absurdistan (nzz.ch) (abgerufen am 08.04.24)

Diese Art der Berichterstattung war in unseren Medien typisch. Der informelle Subtext dieser Artikel ist allerdings auch nicht zu übersehen: Er besteht in einem Lob für den anderen Charakter der Legitimierung von politischer Herrschaft bei uns, durch echte, freie Wahlen. Russland ist eine Diktatur, wir hingegen sind Demokratien. Bei uns wird gewählt, in Russland gibt es nur Scheinwahlen.

Gegen diese Überzeugung ist auf den ersten Blick nichts einzuwenden. Der Unterschied in den Institutionen der politischen Herrschaft ist deutlich. Und aus der stabilen Existenz von De-

mokratie in unseren Machtsystemen erwächst für jeden von uns ein deutlicher Vorteil. Politische Freiheit ist etwas, das sich zu verteidigen lohnt.

Aber was folgt daraus für Russland? Wird das System bald zusammenbrechen, weil es eine Diktatur ist? Oder können wir aus der jüngsten eindrucksvollen Bestätigung Putins im Präsidentenamt etwas anderes über Russland lernen? Etwa das, was die litauische Kunsthistorikerin Kristina Sabaliauskaitė kürzlich in einem Beitrag in der FAZ² dem deutschen und westeuropäischen Publikum über „die Russen“ beibringen wollte: Die Russen sind kulturell nicht in Europa beheimatet, sondern durch einen tiefen Widerspruch gekennzeichnet, sie wollten zwar von Europa als zugehörig anerkannt werden, aber in Wirklichkeit, tragen sie eine Mission in sich, diesen Westen in ihrem Sinne umzugestalten, ihn abzuschaffen. Die Autorin beginnt mit Dostojewski, der überzeugt war, dass „das verrottete Europa und der Westen bald zusammenbrechen würden und das „reine“ Russland zusammen mit der orthodoxen Kirche das Reich Gottes auf Erden errichten werde.“ Dieser Feldzug hätte sich mit der bolschewistischen Revolution und deren Plan, die ganze Welt umzugestalten, fortgesetzt. „Der Beginn des Ukraine-Krieges hat nun die gleichen Prämissen: das ehemalige Sowjetimperium wiederherzustellen und den kollektiv verrotteten Westen zu zerstören.“ Kurz gesagt, können wir daraus lernen, dass die „Russen keine Europäer“³ sind, sondern ganz anders als wir?

Vielleicht aber wäre es gut, einen Schritt zurückzutreten und danach zu fragen, warum in Russland überhaupt Wahlen stattfinden, wenn sie doch nicht zur Ablösung der Regierenden führen können.

Wahlen in autoritären Regimen

Zunächst einmal muss eine verbreitete Überzeugung hinterfragt werden, nämlich dass allgemeine, freie und gleiche Wahlen die einzige Möglichkeit sind, ein Regime politischer Herrschaft zu legitimieren. Schon Max Weber hatte auf drei mögliche Wege zur Legitimation von Herrschaft verwiesen⁴, auf legale Herrschaft, also eine freiwillige Unterordnung unter die Herrschaft des Gesetzes, der sich auch der Herrscher selbst unterwirft, auf traditionale Herrschaft, in der die Legitimität der Herrschaft durch deren Heiligkeit, welche aus der langen Dauer von Herrengewalt erwächst, sowie charismatische Herrschaft, welche durch außeralltägliche Kräfte und Eigenschaften des Herrschers legitimiert ist. Wahlen kommen hier gar nicht vor, es geht ja auch nicht nur um die staatliche Herrschaft, sondern jegliche Formen freiwilliger Unterordnung.

Legitime Herrschaft meint die freiwillige Unterwerfung der Beherrschten unter eine Form von Herrschaft, also auch die im Reich der Politik. In Demokratien erfolgt das nicht allein durch Wahlen, sondern auch durch die alltägliche Erfahrung von politischer Teilhabe, oder von Respekt gegenüber der eigenen abweichenden Meinung in der öffentlichen Debatte, in der Erfahrung, dass eine solche Meinungsäußerung keine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Aber es kommt auch dazu, dass Legitimität von Herrschaft auf der Erfahrung beruht, dass die eigenen elementaren Interessen in dem betreffenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Berücksichtigung finden, dass man in ihm leben

kann. Das nennt man in der Politikwissenschaft „output-Legitimation“.

In stabilen autoritären Regimen gibt es letztere Form von Legitimation der Herrschaft auch. Wenn sie fehlt, ist die Herrschaft in den Augen der Beherrschten nicht legitim. Für Russland lässt sich das am Stellenwert der 1990er Jahre im sozialen Gedächtnis erkennen. In diesen Jahren kam es zu einer Verelendung einer Mehrheit der Bevölkerung sowie einer grassierenden öffentlichen Unsicherheit. Erinnert wird das durch den Filter der Erfahrung, dass es seit der Präsidentschaft Wladimir Putins aufwärts gegangen ist. Auch die Abkehr vom Liberalismus der Jelzin-Zeit zeugt davon, denn das Wirtschaftsprogramm, welches zur Verelendung führte, wurde von liberalen Ökonomen und Politikern durchgesetzt⁵. Die Erinnerung an die umfassende Entfesselung der Marktkräfte, den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die soziale Lage der Bevölkerung, die räuberische Privatisierung der Staatsbetriebe während der Regierungszeit Jelzins legitimierte die politische Gegenbewegung unter dessen Nachfolger als Präsident. Die 2000er Jahre waren eine Zeit der Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung und der Stabilisierung der Gesellschaft. Diese Erfahrung führte zur Legitimation von Putins Herrschaft. Ein typischer Fall von erfolgreicher „output-Legitimation“.

Trotz der anderen Art der Herrschaftslegitimation finden auch in diesem autoritären Regime regelmäßig Wahlen statt, die nach Regeln verlaufen, auch wenn diese Regeln von den Herrschenden nach Bedarf neu formuliert werden, wie im Falle der russischen Verfassungsänderungen von 2020, durch die eine dritte Amtszeit des Langzeitpräsidenten ermöglicht wurde⁶. Warum also finden diese Wahlen statt? Sie sind für die politische Klasse Russlands von Belang, weil sie die Popularität des Mannes an der Spitze nachweisen und auch etwas aussagen über die Fähigkeit der regionalen Eliten, die regionale Wählerschaft zu mobilisieren⁷.

Es ist immer gut, sich auch anzusehen, wie unabhängige Experten den Sinn von Wahlen in Russland bewerten. In der oppositionellen (und in Russland verbotenen) „Nowaja Gazeta“ fand ich ein Interview mit dem russischen Politologen Wjatscheslaw Beljakow zum Sinn der russischen Wahlen⁸. Sein wesentliches Argument ist: Die Wahlen seien so verlaufen, wie geschehen, weil es keine Opposition gibt, um die sich die mit dem Regime Unzufriedenen sammeln können. „Ein Teil der Opposition ist unterdrückt worden, ein anderer ausgereist, ein dritter hat sich diskreditiert, ein weiterer hat eine versöhnlerische Position eingenommen und in der Staatsduma für die Position der Regierung gestimmt.“ Das ist natürlich die Verantwortung der Herrschenden, aber auch die derjenigen Parteien, die in Russland noch zugelassen sind. Etwa der Kommunisten, also der KPRF, aber auch der verschiedenen liberalen Parteien wie „Jabloko“.

Eine zweite wichtige Einschätzung Beljakows: Die hohe Wahlbeteiligung von über drei Viertel der Wahlberechtigten und der ausbleibende Protest angesichts des Wahlergebnisses von fast 90 Prozent Zustimmung zeugt davon, dass wir das Resultat als echtes Ergebnis der Abstimmung und nicht nur von Wahlbetrug und Einschüchterung ansehen sollten.

Als der Befragte durch die Interviewerin darauf hingewiesen wird, dass es in Russland bekanntlich schwierig ist gegen die

2 Siehe: Kristina Sabaliauskaitė „Die Westeuropäer wollen nicht hören, wie in Putins Reich über sie gedacht wird. Sonst würden sie sich mehr Sorgen machen. Eine Warnung aus bitterer Erfahrung.“ In: FAZ, 27.03.24. <https://www.faz.net/aktuell/das-beste-von-faz-plus/wie-russland-denkt-der-westen-sollte-sich-mehr-sorgen-machen-19613371.html> (abgerufen am 04.04.24)

3 So die Aussage von Florence Gaub in einer ZDF-Sendung am 12.04.22.

4 Vgl. Max Weber: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft. [1922 posthum]. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hrsg. von Johannes Winckelmann, 3. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen 1968, S. 457–488.

5 Vgl. auch die Argumentation von K. Blum, in: *Russland und der Westen*, Berlin 2024, S. 384–5.

6 Siehe ebenda, S. 340 ff. Wobei Blum darauf verweist, dass es in dieser Verfassungsänderung nicht nur um jene Möglichkeit einer legalen dritten Kandidatur Putins ging.

7 Siehe dazu meinen Beitrag „Stabil in der Grauzone“ in *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit*, hrsg. durch Aurel Croissant, Sascha Kneip, Alexander Petring, Wiesbaden: Springer Spektrum 2017, S. 263–281.

8 Siehe das Interview mit dem Politologen, geführt von Waleria Fedorenko in der „Nowaja Gazeta“ vom 07.04.24 unter der Überschrift: „In Autokratien wechselt die Meinung der Menschen schnell. Ein Politologe über wirkliche Wahlen und die Bedeutung der Präsidentenwahlen in Russland“.

Regierung zu protestieren, verweist er darauf, dass es außer den Protesten kleinerer Gruppen auch in den Sozialen Medien keine Anzeichen einer breiten Protestbewegung gibt. Selbst die KPRF, die nach vergangenen Wahlen immer gegen Wahlbetrug protestiert hatte, äußerte keine Kritik, obwohl ihr Kandidat nicht einmal ein zweistelliges Ergebnis erreicht hat.

Weiterhin hebt Beljakow auch die praktische Bedeutung der Wahlen für die gegen Putin angetretenen Kandidaten hervor: Sie seien über ihre bisher nur regionale Bekanntheit hinaus prominent geworden, selbst dann, wenn sie wie Boris Nadeschdin gar nicht hätten antreten können. Und diejenigen, die angetreten sind, haben für ihren Erfolg eine finanzielle Wahlkampfkompensation erhalten, da jeder von ihnen mehr als drei Prozent der Wähler auf seine Seite hat bringen können. Der Kandidat der Kommunisten, Nikolai Charitonow, erhielt 4,4 Prozent, der Kandidat der Partei „Neue Leute“, Wladislaw Dawankow, 3,9 Prozent und der Vorsitzende der Liberal-Demokraten, Leonid Sluzi, 3,2 Prozent. Unter den im Ausland wählenden Russen wurden für Dawankow laut der russischen Zeitung „Kommersant“ zwischenzeitlich ca. ein Drittel der Stimmen gemessen, Putin bekam etwas über die Hälfte⁹. Am Ende waren es für den Oppositionspolitiker immer noch knapp 20 Prozent. In den beiden Hauptstädten Moskau und St. Petersburg kam Dawankow auf ca. 7 Prozent der Stimmen, ebenso groß war sein Stimmenanteil in einigen Gebieten wie Archangelsk oder Swerdlowsk.

Sicher ist jedoch, über die auf jeden Fall irgendwann erforderliche Bestimmung eines Nachfolgers von Wladimir Putin wird nicht in einem künftigen Wahlgang entschieden, sondern das wird in der Gruppe der heute Regierenden untereinander ausgemacht werden. Diese offene Nachfolgefrage und die Tatsache, dass sie nicht in einem transparenten Wettbewerb, sondern innerhalb einer geschlossenen Gruppe ausgemacht wird, ist eine Schwachstelle jedes autoritären Herrschaftssystems. An dieser Stelle können Turbulenzen entstehen, die die Stabilität des Systems gefährden. Und der Machtwechsel verläuft verschieden, je nach Charakter des autoritären Regimes. In einer Militärdiktatur wird er wahrscheinlich durch einen blutigen Staatsstreich und einen nachfolgenden Bürgerkrieg, angezettelt durch konkurrierende Elitegruppierungen, vollzogen. In der Volksrepublik China mit ihrer Einparteiherrschaft erfolgt sie nach Entscheidung der Machtfrage zwischen Konkurrenten auf einem ordentlichen Parteitag. In Russland ist sie schon einmal – von Jelzin an Putin – durch direkte Übergabe der Macht an den Nachfolger erfolgt, wobei dieser seinem Vorgänger Straffreiheit zugesichert hat. Und danach erst kam die Probe auf dessen Popularität durch eine allgemeine Wahl.

Zusammengefasst lautet meine These zu dem, was wir über Russland lernen können, wenn wir die stattgefundenen Wahlen analysieren: Lernen können wir, dass auch ein autoritäres Regime sich legitimieren kann, auch wenn Wahlen dabei nur eine geringe Rolle spielen.

Aus der Wahlbeobachtung etwas über uns selbst lernen

Soweit zu dem, was aus einer Beobachtung der russischen Präsidentschaftswahlen über Russland zu lernen wäre: Das autoritäre russische System ist, was die Legitimation der Herrschaft bei seiner Bevölkerung angeht, funktionstüchtig. Die Unterstützung der Herrschenden durch die Beherrschten beruht auf den Ergebnissen der Politik, weil jene die Interessen der Bevölkerung einigermaßen berücksichtigt. Jedenfalls gemessen an früheren

Zeiten. Die Qualität der Wahlen, die beobachteten Fälle von Einengung der Wahlmöglichkeiten, von Druck auf die Wähler, von Manipulation der Ergebnisse durch einzelne Wahlkommissionen sind nicht allein ausschlaggebend dafür.

Insofern ist die Berichterstattung über die russischen Wahlen in unseren Medien einseitig gewesen. Und sie war nicht so sehr von echtem Interesse an diesem großen Land in unserer Nachbarschaft bestimmt, sondern selbstbezogen. Sie war darauf gerichtet, unser System als erfolgreiches Gegenmodell zu autoritären Herrschaftssystemen zu bestätigen. Diese Selbstgewissheit aber ist problematisch. Sie erschwert es, die Gefährdungen des eigenen politischen Systems zu erkennen. Das wäre das Zweite, was wir aus einer Selbstbeobachtung anlässlich der russischen Wahlen lernen könnten.

Denn das politisch Wesentliche ist zu erkennen, wie wir unser demokratisches Herrschaftssystem durch die bevorstehenden turbulenten Zeiten bringen können. Und stürmisch wird die Zukunft auf jeden Fall werden, wegen der zu lösenden globalen Probleme: der ökologischen Krise, dem Aufstieg von Gesellschaften, die sich aus kolonialer und neokolonialer Abhängigkeit von den Ländern „des Westens“ befreit haben, sowie der Gefahr eines außer Rand und Band geratenen Rüstungswettlaufs.

Dafür ist es nötig, die inneren Probleme in unseren Demokratien zu bewältigen: Die ansteigende soziale Ungleichheit hat schon jetzt zu einer sinkenden „output-Legitimation“ unserer Herrschaftsform bei den weniger gut gestellten Teilen der Bevölkerung geführt. Die Erfahrung, dass es trotz Möglichkeit, die eine Regierung durch eine nächste abzulösen, für einen relevanten Teil der Bevölkerung schwerer wird, seine wichtigen Interessen in der Politik wiederzufinden, fördert die sinkende Wahlbeteiligung und den Aufstieg populistischer Parteien. Und populistische Parteien, das hat die Erfahrung des demokratischen Osteuropas in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt, tendieren dazu, das Prinzip einer liberalen Verteidigung von Minderheitenrechten aufzugeben, und können in Wahlautokratien umschlagen.

Kurz gesagt, es gibt noch einiges zu tun, um unsere Demokratie „wetterfest“ zu machen. Vor allem sollte der partizipative Charakter unserer Systeme gestärkt werden.

Dies könnten wir über uns lernen, wenn wir uns bei der Beobachtung der russischen Wahlen selbst beobachten. Und mein Vorschlag ist, wir sollten besonders dann aufmerksam werden, wenn in unseren Medien vorwiegend die Schwächen anderer politischer Systeme kritisiert werden. Dass andere noch schlechter sind als wir, sollte uns nicht beruhigen. 🌐

Dieter Segert, geb. 1952, beschäftigt sich als Politikwissenschaftler an der Universität Wien mit der Transformation politischer Systeme in Ostmitteleuropa, dem europäischen Staatssozialismus und der Parteienentwicklung in Osteuropa befasst. Segert studierte Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin und an der Lomonossow-Universität Moskau. Nach Stationen in Bath, Prag und Frankfurt (Oder) war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. 2005 übernahm Segert eine Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er ist seit 2008 gewähltes Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

E-Mail: dieter.segert@univie.ac.at

⁹ Siehe „Kommersant“ vom 17. März 2024, <https://www.kommersant.ru/doc/6578568> (aufgerufen am 18.03.24)